

Kein guter Ausblick: Unsicherheit steigt - kaum Optimismus

Jahresausblick 2024 – Ergebnisse der VU-Verbandssumfrage

Herausgeber:

Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern e. V. (VU)

Die VU ist der Dachverband von derzeit 60 Arbeitgeber-, Wirtschafts-, Fach- und Regionalverbänden. Mit über 7.800 Mitgliedsunternehmen und deren 340.000 Beschäftigten vertritt die Vereinigung als Dachorganisation der Arbeitgeber in Mecklenburg-Vorpommern deren Interessen gegenüber Landes- und Bundespolitik, Verwaltungen sowie gegenüber Medien und Öffentlichkeit.

Die VU ist zugleich die Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) sowie der Landesverband der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) für Mecklenburg-Vorpommern.

Autor:

Jens Matschenz

matschenz@vumv.de

0385-6356-201

Inhaltsverzeichnis

Umfragebasis	4
1. Stimmungslage	5
2. Geschäftserwartungen	7
3. Beschäftigung	9
4. Investitionen	11
5. Zusatzfrage 1: Auswirkungen aktueller Krisen auf die Unternehmen	13
6. Zusatzfrage 2: Rahmenbedingungen für die Zukunftsfähigkeit der Unternehmen	15
7. Zusammenfassender Jahresausblick ausgewählter Branchen für 2024	17
8. Zusammenfassung und Fazit.....	18

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Stimmungslage in den Unternehmen mit Blick auf 2024	5
Abbildung 2: Erwartete Umsatz- und Geschäftsergebnisse für	7
Abbildung 3: Voraussichtliche Beschäftigungsentwicklung	9
Abbildung 4: Entwicklung der Investitionen.....	11
Abbildung 5: Auswirkungen aktueller Krisen und Belastungen auf Unternehmen	13
Abbildung 6: Zukunftsfähigkeit der Unternehmen	15
Abbildung 7: Zusammenfassender Jahresausblick ausgewählter Branchen für 2023	17

Umfragebasis

Die Umfrage zum VU-Jahresausblick wird jährlich im Dezember durch die Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern e. V. (VU) unter ihren Mitgliedsverbänden durchgeführt.

An der Umfrage beteiligten sich 18 Verbände, also circa ein Drittel der VU-Mitglieder:

- AGA Norddeutscher Unternehmensverband Großhandel, Außenhandel und Dienstleistungen e.V.
- AGV NORD Allgemeiner Verband der Wirtschaft Norddeutschlands e. V.
- AMV Marketinggesellschaft der Agrar- und Ernährungswirtschaft Mecklenburg-Vorpommern e. V.
- Bauverband Mecklenburg-Vorpommern e. V.
- Bund der Kaufleute e. V.
- bpa – Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V. CDH im Norden - Wirtschaftsverband für Handelsvermittlung und Vertrieb e.V.
- CDH NOW! – Wirtschaftsverband für Handelsvermittlung und Vertrieb e.V
- Verband der Automatenkaufleute Berlin und Ostdeutschland e.V.
- DEHOGA Deutscher Hotel- und Gaststättenverband Mecklenburg-Vorpommern e. V.
- Fachverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Mecklenburg-Vorpommern e.V.
- Handelsverband Nord e. V.
- ITGA Industrieverband Technische Gebäudeausrüstung und Energietechnik Nord e. V.
- RdA - Ring der Arbeitsmarkt- und Bildungsdienstleister e. V.
- RIC MAZA Regionales Innovationscluster Maritime Zuliefer Allianz MV e. V.
- NORDMETALL Verband der Metall- und Elektroindustrie e. V.
- UVMB Unternehmerversband Mineralische Baustoffe e. V.
- Unternehmerversband Vorpommern e. V.
- Unternehmerversband Rostock-Mittleres Mecklenburg e. V.

Die teilgenommenen Verbände repräsentieren in Mecklenburg-Vorpommern etwa 4.000 Unternehmen. In diesen Unternehmen sind circa 239.567 Beschäftigte tätig. Das entspricht 59 % der Unternehmen in der Größenklasse ab etwa 10 Mitarbeitern und etwa 65 % aller SV-Beschäftigten in MV (ohne Beschäftigte des öffentlichen Dienstes).

1. Stimmungslage

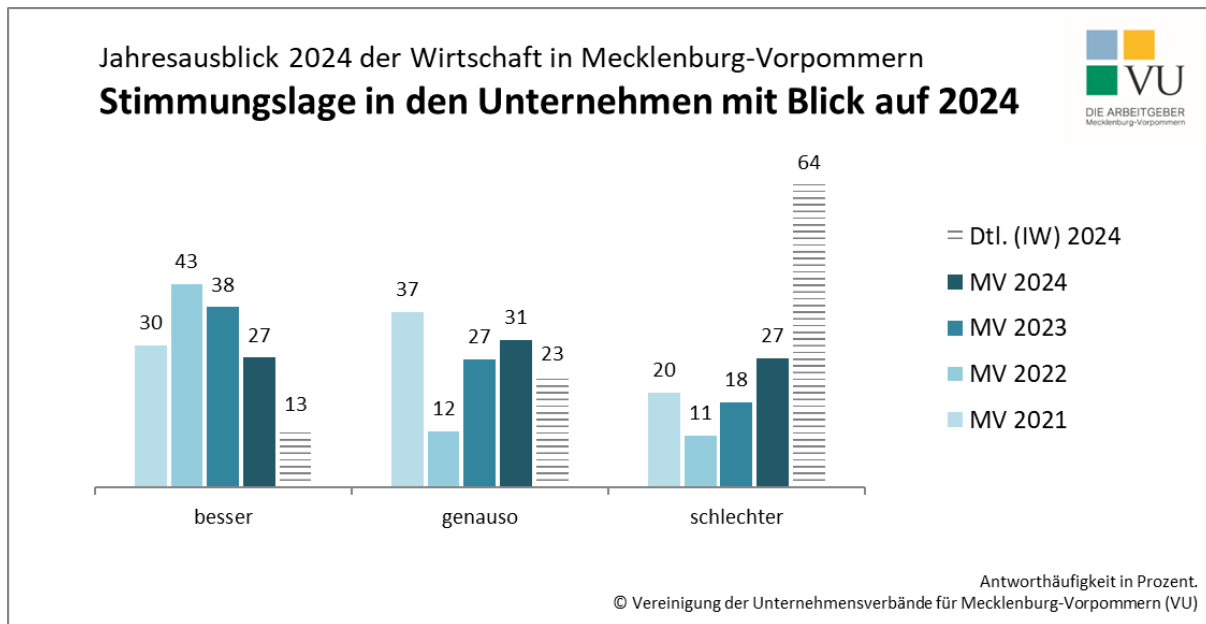


Abbildung 1: Stimmungslage in den Unternehmen mit Blick auf 2024

Schlechte Stimmung und breite Verunsicherung

Die Stimmung in der Wirtschaft hat sich seit der letzten Jahresausblick-Umfrage noch weiter verschlechtert. Zum Jahreswechsel 2023/2024 bewerten 9 von befragten 18 Verbänden (52 %) die Stimmung in ihrem Wirtschaftsbereich deutlich schlechter als vor einem Jahr. Nur bei 7 % der Befragten verbesserte sich die Stimmungslage gegenüber dem Vorjahr. Eine hohe Verunsicherung durchzieht das gesamte Erwartungsbild der Unternehmen und ihrer Verbände in Mecklenburg-Vorpommern, ähnlich wie in ganz Deutschland.

Die Stimmung in der **regionalen Wirtschaft** hat mittlerweile einen Tiefpunkt erreicht. Laut **UV Vorpommern** erwartet jedes dritte Unternehmen in Vorpommern im Jahr 2024 eine Verschlechterung der bereits heute angespannten Stimmungslage, hingegen erwartet nur jedes vierte Unternehmen in der Region eine Verbesserung der Stimmungslage. „Die vorpommerschen Unternehmen sind es von Anbeginn gewohnt, die Ärmel hochzukrempeln und zu kämpfen, und das erfolgreich von Jahr zu Jahr. Doch immer mehr nähert sich die vorpommersche Wirtschaft einem Kipppunkt. Inflation/Konsumzurückhaltung, Rohstoff- und Lieferengpässe, steigende Materialpreise, Energiepreise, weiterhin überbordender Bürokratieaufwuchs und halbherzige Rahmenbedingungen für die Akquise von Auszubildenden und Personal aus Drittstaaten sind Treiber in eine Fehlentwicklung

unserer Volkswirtschaft. Es wird darauf ankommen, dass unsere Unternehmen endlich wieder Luft zum Atmen bekommen, eine Bringschuld politisch Verantwortlicher weit über Vorpommern hinaus.“ (Dr. Stefan Rudolph, Hauptgeschäftsführer UV Vorpommern)

Auch im **Tourismus** hat sich die Stimmungslage deutlich verschlechtert. Der **DEHOGA MV** schätzt ein: „Die Stimmung ist abermals auf dem Tiefpunkt. Die trotz anderslautender Wahlversprechen des Bundeskanzlers zum 01.01.2024 kommende Steuererhöhung auf Speisen in der Gastronomie drückt zusammen mit der Inflation und der Kostenexplosion die Stimmung in den Keller.“ (Matthias Dettmann, Hauptgeschäftsführer DEHOGA MV e.V.)

Die Stimmung in der **Bauwirtschaft** ist ebenfalls nicht gut.“ Dr. Jörn-Christoph Jansen, Hauptgeschäftsführer **Bauverband MV** sagt: „Sorge bereitet unserer Branche – neben der Situation im Wohnungsbau – das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und dessen Auswirkungen auf die Haushalte bei Bund und Ländern. Es darf auf keinen Fall dazu kommen, dass Investitionen eingespart und wichtige Infrastrukturprojekte auf Eis gelegt werden. Projektvergaben müssen weiterlaufen, ebenso wie die Vorbereitung neuer Maßnahmen. Wenn es jetzt zu einem Stopp kommen würde, wäre der Effekt über Monate nicht aufzuholen. Mecklenburg-Vorpommern teils völlig marode Infrastruktur mit all den schwerwiegenden Folgen für unsere

Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft würden es nicht verzeihen.“

Die **Rohstoffindustrie** schätzt laut **UVMB** ein, dass der Wohnungsbau und Hochbau deutlich um ca. 30 % zurückgegangen seien. „Im Moment schlagen die Rückgänge noch nicht auf die Preisentwicklung durch. Der Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere der Windenergie, die einen hohen Baustoffbedarf, z. B. für Fundamente für Windkraftanlagen und Zuwegungen zu Windparks nach sich ziehen, kommt nicht voran und wirkt somit auch nicht kompensierend auf die Baunachfrage. In MV liegen für ca. 1.000 Anlagenstandorte von Windkraftanlagen Genehmigungsunterlagen vor, in 2022 wurden ganze 15 Anlagen errichtet. 21 Windparks werden vor dem OVG Greifswald beklagt.“ Die Energiewende sei laut UVMB keine Erfolgsgeschichte und führe gegenwärtig nicht zu einer wirtschaftlichen Belebung, obwohl großes Potential da wäre. „Die drastische Erhöhung der Maut ist eine extreme wirtschaftliche Belastung, die zu einer Verteuerung sämtlicher Leistungen und Produkte führt und in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage eine wirtschaftspolitische Fehlentscheidung ist. Zudem bremsen hohe Energiepreise jede wirtschaftliche Erholung aus.“ (Bert Vulpius, Geschäftsführer des UVMB Unternehmerverbandes Mineralische Baustoffe e.V.)

Auch im **Einzelhandel** hat sich die Stimmung verschlechtert. Die Branche sieht sich laut **Handelsverband Nord** mit einer leichten Rezession konfrontiert. Die Inflation beeinflusse die Kaufkraft. Im Nonfoodeinzelhandel gebe es eine moderate Preisentwicklung. Der Konsum sei rückläufig, da die Realeinkommen sinken. Hohe Zahlungen bei Energiekosten belasten sowohl private Haushalte als auch den Einzelhandel. Sparquote bleibe deshalb hoch. Ein Lichtblick sei aber die Entwicklung am Arbeitsmarkt mit stabiler Erwerbstätigkeit.

Der **Bund der Kaufleute** schätzt für mehr als die Hälfte der teilnehmenden Betriebe die Stimmungslage für das Jahr 2024 als gleichbleibend ein. Ein Drittel der Unternehmen schätzen die Stimmungslage als schlechter ein. Eine bessere

Stimmung wird für das nächste Jahr nur von 7% der Unternehmen angegeben.

Sehr schlechte Stimmung ebenfalls in der **M+E-Branche**. Laut Arbeitgeberverband **NORDMETALL** waren „noch nie so viele Arbeitgeber der norddeutschen Metall- und Elektroindustrie so unzufrieden mit der Politik, der Höhe der Arbeitskosten und dem Ausmaß des Fachkräftemangels, noch nie haben so viele Unternehmen Produktionsverlagerungen ins Ausland geplant“, resümiert Steffen Pohl, NORDMETALL-Vizepräsident für MV. Neue Gesetze bewerten 52 Prozent als erschwerende Wirtschaftsfaktoren, mehr als doppelt so viele Firmen wie im Frühjahr 2022. 91 Prozent ordnen die hohen Arbeitskosten als schwere Last für die M+E-Industrie in MV ein, so viele wie noch nie. „Die fatalen Auswirkungen der Energiepreisexplosion müssen endlich gestoppt werden. [...] Und wir brauchen eine Industriepolitik, die die Kräfte des Marktes durch Steuer- und Abgabensenkungen entfeselt. Die Behinderung [...] durch überflüssige Vorschriften und wachsende Subventionen muss aufhören“, so der NORDMETALL-Vizepräsident.

Im **Groß- und Außenhandel** ist die Stimmung dagegen vergleichsweise stabil. **AGA**-Präsident Dr. Hans Fabian Kruse: „Die Umsätze haben sich im Jahr 2023 spürbar erholt und wir erwarten, dass sich diese Entwicklung auch 2024 fortsetzt. Gleichwohl kämpfen die Unternehmen nach wie vor mit steigenden Kosten. Hohe und weiter steigende Personalkosten und Einkaufspreise werden die Unternehmen auch 2024 belasten und die Ertragslage stagnieren lassen.“

Optimisten: Keine (nur tlw. M+E und Marit. Zulief.)

Pessimisten:

- Bauwirtschaft
- GALA-Bau
- Tourismus
- Einzelhandel
- Automatenwirtschaft
- Arbeitsmarkt-DL

2. Geschäftserwartungen

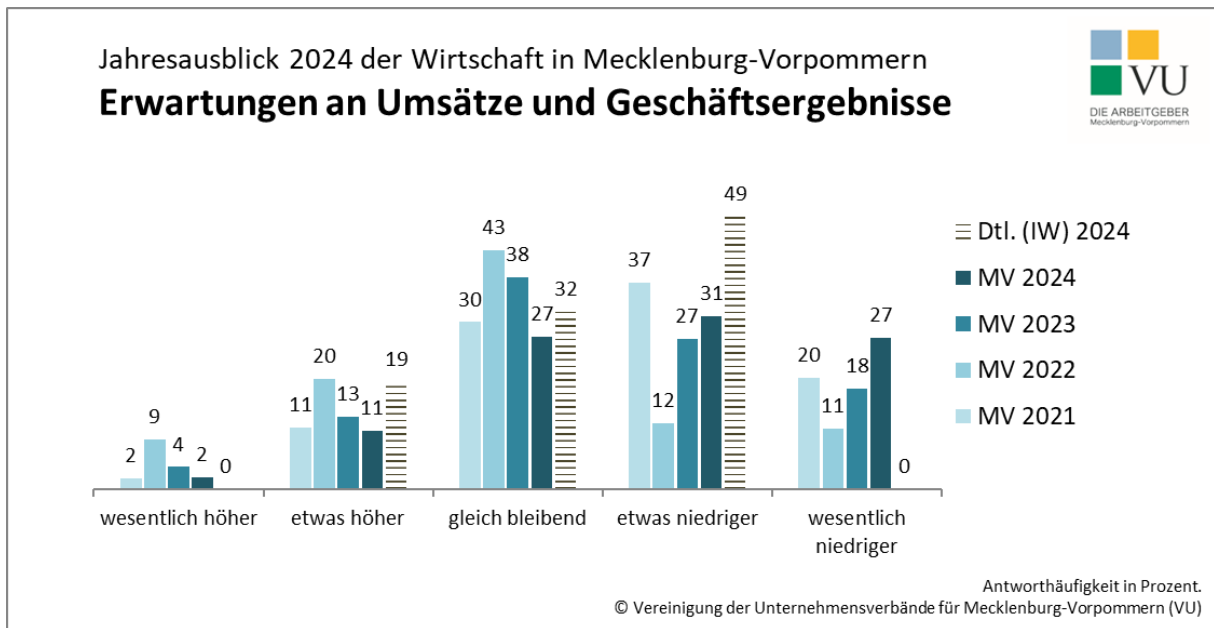


Abbildung 2: Erwartete Umsatz- und Geschäftsergebnisse für

Tiefststand bei Umsatzerwartungen und keine Wende in Sicht.

Die noch im Frühjahr 2023 erkennbare Aufhellung der Geschäftserwartungen hat sich bis zum Herbst 2023 wieder auf das pessimistische Vorjahresniveau zurückgebildet. Dieser „Rückprall der Erwartungshaltung“, wie es das IW Köln in der zeitgleichen IW-Verbandsumfrage formulierte, spiegelt sich auch in der VU-Verbandsumfrage für Mecklenburg-Vorpommern wider. Demnach erwarten nur 11 % der Verbände für 2024 ein etwas höheres Geschäftsergebnis ihrer Unternehmen, nur 2 % ein wesentlich höheres. Dagegen rechnet die Mehrheit der Verbände (58 %) mit schlechteren Umsatz- und Geschäftsergebnissen (2023: 45 %).

Mit 12 % der Verbände, die einen Geschäftszuwachs erwarten, und 58 % mit einem voraussichtlichen Rückgang, fällt der Saldo für das Jahr 2024 noch negativer aus als im Vorjahr. Der Anteil der Optimisten hat sich damit binnen eines Jahres um 3 Prozentpunkte weiter verringert, der Anteil der Pessimisten hat hingegen um 8 Prozentpunkte zugenommen. Die Geschäftserwartungen fallen damit sogar noch unter den Wert des erneuten Pandemiejahres 2021 mit seinen damals historisch niedrigen Umsatzerwartungen.

Der **Unternehmerverband Vorpommern** schätzt ein: „Beinahe vier von zehn Unternehmen in Vorpommern erwarten für 2024 ein Absinken ihrer

Umsätze und Geschäftsergebnisse, hingegen erwarten drei von zehn Unternehmen in Vorpommern für 2024 eine leichte Erhöhung ihrer Umsätze und Geschäftsergebnisse für 2024.“ (Dr. Stefan Rudolph, Hauptgeschäftsführer UV Vorpommern)

Die Prognose der **Nahrungsgüterbranche** für 2024 falle laut AMV überwiegend negativ aus. 38 % der Produzenten erwarten niedrigere Umsätze, 36 % rechnen mit gleichbleibenden und circa ein Viertel mit steigenden Umsätzen. Beklagt wird der zunehmende bürokratische Aufwand, vor allem bei der Qualitätssicherung und der Biokontrolle, zunehmende Anforderungen bei der Einhaltung Lieferantenkette sowie die auf weitere Sicht viel zu hohen Energiepreise.

Nur 18 Prozent der Produzenten der **Metall- und Elektro-Industrie** in MV erwarten laut **NORDMETALL** eine Verbesserung der Geschäftslage im kommenden halben Jahr, 50 Prozent prognostizieren eine gleichbleibende Entwicklung und 32 Prozent eine Verschlechterung. Besonders pessimistisch blicken die Fahrzeugbauer (negative Entwicklung: 44 Prozent) und die Hersteller von Metallzeugnissen (42 Prozent) in die Zukunft. (Steffen Pohl, NORDMETALL-Vizepräsident für MV)

70 % der **Hotel- und Gaststätten** erwarten laut **DEHOGA MV** weniger oder sogar deutlich geringere Umsätze. „Die großpolitische Lage und die bereits geschilderte Steuererhöhung auf Speisen zum

01.01.2024 lassen die Erwartungen und Prognosen hinsichtlich der Umsätze und Geschäftsergebnisse deutlich niedriger bzw. schlechter ausfallen. Durch die Steuererhöhung, die in den meisten Fällen eins zu eins an den Gast weitergereicht werden muss, gehen viele Unternehmen von deutlich spürbarer Kaufzurückhaltung seitens der Gäste und damit von signifikant sinkenden Umsätzen aus.“ (Matthias Dettmann, Hauptgeschäftsführer des DEHOGA MV)

Laut **Bund der Kaufleute** planen die meisten Unternehmen im **Einzelhandel** mit gleichbleibenden Umsätzen wie 2023. 20 % erwarten höhere Umsätze. 1/3 geringere Umsätze als 2023.

Der **Wirtschaftsverband für Handelsvermittlung und Vertrieb** schätzt ein, dass große Teile des Einzelhandels und der Gastronomie sehr unter der Konsumzurückhaltung der Bevölkerung leiden. „Die Industrie befindet sich noch Großteils in ruhigen Gewässern, aber auch dort sind vielfach dunkle Wolken am Horizont zu erkennen. Diese insgesamt getrübte Lage erfahren nun leider auch unsre Mitglieder auf der Großhandels- und Industriezulieferungsstufe.“ (Philipp Krupke – Hauptgeschäftsführer der CDH NOW! – Wirtschaftsverband für Handelsvermittlung und Vertrieb e.V.)

Die Umsätze der **Rohstoffindustrie** werden laut **UVMB** steigen, bilden aber nur die Kostenentwicklung ab. „Trotz steigender Umsätze können nicht immer alle Kostensteigerungen weitergegeben werden. Die wirtschaftliche Ergebnisentwicklung (Unternehmensgewinn) ist deutlich niedriger als im Vorjahr. Der Stand der Baugenehmigungen im

Hochbau ist rückläufig, im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bei ca. -30 %. Diese lassen keinen Spielraum für einen positiven Ausblick. Positiver stellt sich Entwicklung im Tiefbau dar, kann aber die Rückgänge im Hochbau und den damit verbundenen Rückgang der Baustoffnachfrage nicht ausgleichen.

Positiv wirkt in Westmecklenburg der weitere Ausbau der A14 im Norden von Sachsen-Anhalt, positive Effekte auch für Mecklenburg-Vorpommern, weil hier sehr große Kapazitäten in der Baustoffindustrie benötigt werden. Tarifentwicklung und aktuelle Forderungen der Gewerkschaften bei Lohn- und Gehaltsentwicklung passen nicht in die Zeit, es wird mit schweren Tarifverhandlungen gerechnet.“ (Bert Vulpius, Geschäftsführer des UVMB Unternehmensverbandes Mineralische Baustoffe e.V.)

Optimisten: Keine

Pessimisten:

- Bauwirtschaft
- GALA-Bau
- Technische Gebäudeausrüster
- Pflegebranche
- Einzelhandel
- Arbeitsmarkt-DL

3. Beschäftigung

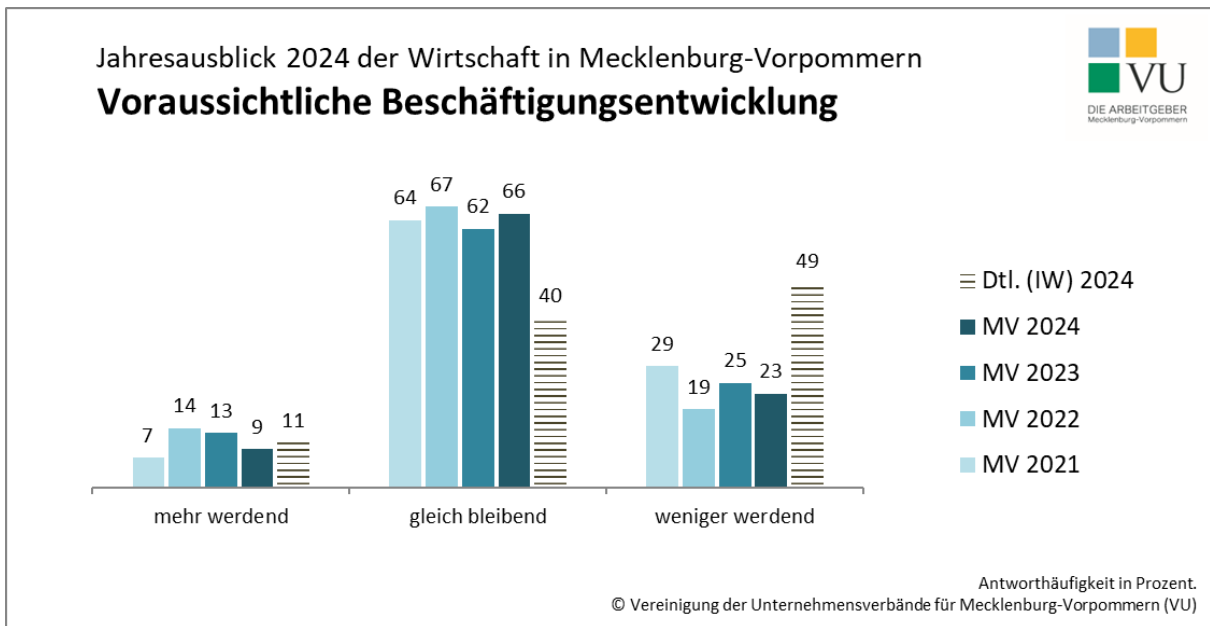


Abbildung 3: Voraussichtliche Beschäftigungsentwicklung

Beschäftigung in MV soll weiterhin stabil bleiben

Wille und Notwendigkeit, die Beschäftigten in Mecklenburg-Vorpommerns Unternehmen angesichts des gravierenden Arbeitskräftemangels in nahezu allen Branchen zu halten, werden selbst in diesen schwierigen Zeiten wieder deutlich. Die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen sinkt zwar gegenüber dem Vorjahr um 4 Prozentpunkte. Gleichzeitig steigt die Tendenz einer hohen Personalkontinuität weiter.

Bereits in den zurückliegenden VU-Verbandsumfragen hatten sich die insgesamt deutlich eingetrübten Produktionserwartungen nicht entsprechend negativ in den Beschäftigungserwartungen niedergeschlagen. Hintergrund war bereits in den Vorjahren, dass aufgrund von Personalengpässen die Beschäftigung in den Betrieben trotz Produktionsrückgängen aufrechterhalten wurde. Das haben auch die Erfahrungen mit der Corona-Pandemie bestärkt, als zwischenzeitlich freigesetzte Arbeitnehmer in der wieder anziehenden Konjunktur nicht ohne Weiteres zu ersetzen waren. Augenscheinlich scheint sich dieser „Hortungseffekt“ (IW Köln) in MV weiterhin zu manifestieren.

Dieser Trend steht in krassem Gegensatz zur deutschlandweiten Beschäftigungsprognose des IW Köln. Wieder zeigt sich der Unterschied schwächerer Amplituden volkswirtschaftlicher Faktoren bei der kleinstrukturierten Wirtschaft hierzulande

gegenüber den starken Ausschlägen in positiver wie negativer Hinsicht bei den durchschnittlich größeren und industrienäheren Unternehmen der deutschen Wirtschaft insgesamt.

Entscheidend für die weitere Personalsicherung in Mecklenburg-Vorpommern wird sein, wie schnell und aktiv die Landespolitik gemeinsam mit der Wirtschaft die immensen arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen annimmt, in welchem Tempo und in welcher Qualität die Krisen gemeistert und parallel strukturelle Veränderungsprozesse in den Unternehmen im Zusammenhang mit Digitalisierung, Dekarbonisierung und demografischen Herausforderungen bewältigt werden können.

Der **Unternehmerverband Vorpommern** sieht die Lage differenziert und schätzt ein: „Beinahe jedes vierte Unternehmen Vorpommerns prognostiziert für 2024 eine Verringerung ihrer Beschäftigung, hingegen geht weniger als jedes fünfte Unternehmen von einem Anwachsen der Beschäftigung in ihren Unternehmen in 2024 aus.“ (Dr. Stefan Rudolph, Hauptgeschäftsführer UV Vorpommern)

Die **Hotel- und Gaststättenbranche** schätzt ein: „Abgesehen von der Steuererhöhung in der Gastronomie wird der Fach- und Arbeitskräftemangel spürbar zum Investitions- und Wachstumskiller. Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Situation am Arbeitsmarkt und aufgrund von Fehlanreizen durch das Bürgergeld gehen die Mitgliedsbetriebe folgerichtig eher von einer sich verschlechternden

Beschäftigungsentwicklung aus.“ (Matthias Dettmann, Hauptgeschäftsführer des **DEHOGA MV**)

Der Verband der **Arbeitsmarkt-Dienstleister** schätzt ein: „Neue [Arbeitsmarkt-Instrumente] führen zu Unruhe in untergeordneten Behörden, die aus Unsicherheit vielfach die Zusammenarbeit vorerst auf Eis legen oder zumindest deutlich begrenzen. Darunter leiden zum einen Menschen, die sich beruflich integrieren wollen/sollen oder sich vor gravierenden beruflichen Veränderungen befinden (Umsetzung von Transformationsprozessen), aber auch unsere Mitgliedsunternehmen, die in ihrem Handeln eingeschränkt werden. Auch die Abwerbung von Fachkräften unserer Mitgliedsunternehmen durch den angeblich so „unattraktiven“ öffentlichen Dienst belastet die Gesamtsituation deutlich. Trotzdem sind wir agil, flexibel und handlungsfähig.“ (Torsten Edlich, Vorsitzender des Ringes der Arbeitsmarkt- und Bildungsdienstleister **MV RdA**)

Die **Rohstoffindustrie** kritisiert: „Tarifentwicklung und aktuelle Forderungen der Gewerkschaften bei Lohn- und Gehaltsentwicklung passen nicht in die Zeit, es wird mit schweren Tarifverhandlungen gerechnet. Die Unternehmen sind bestrebt Mitarbeiter zu halten. In vielen Unternehmen können die altersbedingten Rückgänge beim Personal nicht durch Neueinstellungen ausgeglichen werden. Die gegenwärtige rückläufige wirtschaftliche Entwicklung wird nicht zu einer Personalfreisetzung führen.“ (Bert Vulpius, Geschäftsführer des **UVMB** Unternehmensverbandes Mineralische Baustoffe e.V.)

Für den **Groß- und Außenhandel** sagt **AGA**-Präsident Dr. Hans Fabian Kruse: „Mit Blick, auf den sich weiterhin zuspitzenden Fachkräftemangel bleibt es fraglich, ob der hohe Personalbedarf im nächsten Jahr gedeckt werden kann.“

Für den **Einzelhandel** schätzt der **Handelsverband Nord** ein, dass die Beschäftigung stabil bleibe. Auch der **Bund der Kaufleute** schätzt ein, dass sich die Mitarbeiteranzahl im nächsten Jahr kaum verändern werde, jedoch gingen 21 % der Unternehmen von weniger Mitarbeitern aus.

Laut **NORDMETALL** als Vertreterin der **Metall- und Elektro-Industrie** in MV muss dem zur Arbeitskräftekrise angeschwollenen Fachkräftemangel die Politik endlich wirksam begegnen, die bisherigen Zuwanderungsinitiativen, Flüchtlings- und Langzeitarbeitslosen-Förderungen oder Projekte für mehr qualifiziertere Schulabgänger reichten nicht. Nur noch 23 Prozent der M+E-Betriebe wollen die Zahl ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den nächsten drei Monaten erhöhen, 27 Prozent jedoch verringern (Frühjahr: sechs Prozent). [...] Die gute oder befriedigende Verfügbarkeit von Auszubildenden hat sich für die norddeutschen M+E-Betriebe seit dem Frühjahr um ein gutes Drittel auf 34 Prozenterhöht. Noch immer beklagen 66 Prozent der Betriebe jedoch den Mangel an qualifizierten Auszubildenden. 33 Prozent der Unternehmen im Norden und Mecklenburg-Vorpommern setzen bei der künftigen Deckung ihres Fachkräftebedarfs nun auch auf Arbeitnehmer, die älter als 50 Jahre sind. (Steffen Pohl, **NORDMETALL**-Vizepräsident für MV)

Optimisten:

- teilweise: Groß- und Außenhandel

Pessimisten:

- Bauwirtschaft
- GALA-Bau
- teilweise: HOGA
- Automatenwirtschaft
- M+E-Industrie

4. Investitionen

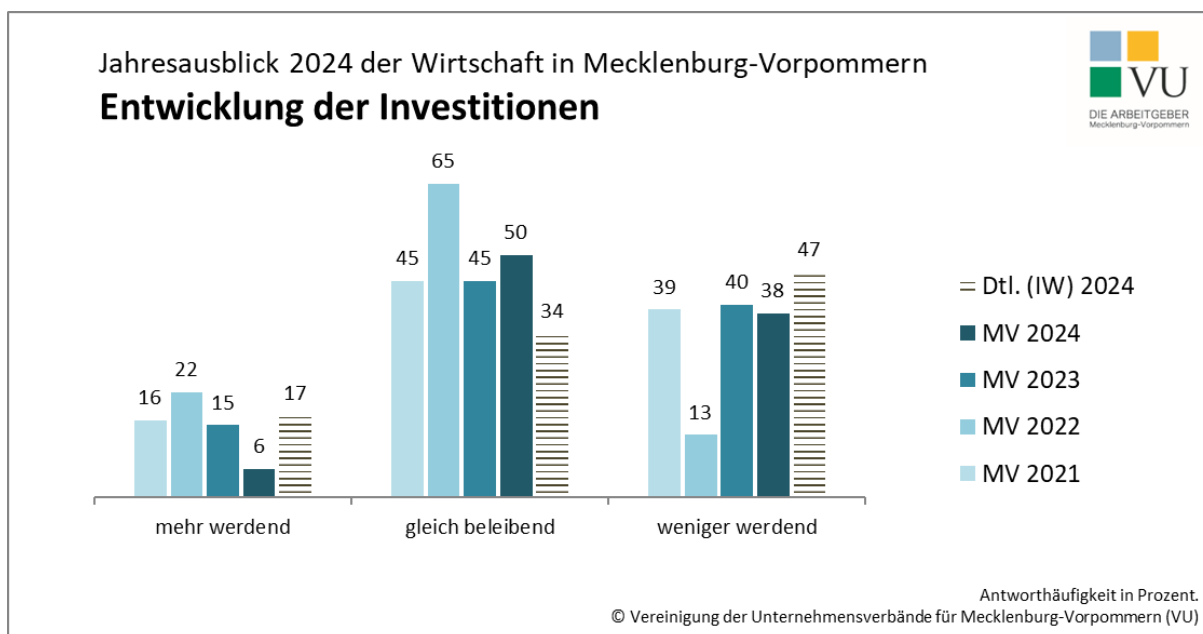


Abbildung 4: Entwicklung der Investitionen

Zurückhaltung bei Investitionen

Nachdem im letzten Jahr die Investitionsneigung bereits nachließ, stagnieren die Absichten für Investitionen und Neuanschaffungen im aktuellen Jahresausblick nun nochmals sehr deutlich. Vor allem die Absichten, mehr als bisher zu investieren, gehen stark zurück.

Im Gefolge der insgesamt pessimistischen Stimmungslage und Geschäftserwartungen der Wirtschaftsverbände für 2024 fallen auch die Einschätzungen zu den Investitionen eher abwartend-unsicher aus.

Das IW resümiert in seiner aktuellen deutschlandweiten Umfrage: „Die deutsche Wirtschaft leidet flächendeckend darunter, dass sie nicht planen kann. Die Ampel verspricht viel und hält wenig. Das Desaster um den Haushalt zeigt, wie gravierend die Lage ist.“ (IW-Direktor Michael Hüther). Aber auch hier ist wieder der Unterschied zum Deutschlandtrend sichtbar.

In Mecklenburg-Vorpommerns Wirtschaft überwiegen zwar noch die stabilen Investitionsplanungen, dennoch fällt der geringe Anteil der Optimisten auf. Der Anteil der Firmen die mehr investieren wollen, hat sich erneut sichtbar verringert (6 vs. 15 %) und erreicht damit einen historischen Tiefststand. Nach wie vor wollen viele Unternehmen bei Investitionen sparen (38 vs. 40 %).

Zum Beispiel fallen durch die deutliche Nachfrageschwäche und das Abschmelzen der

Auftragslage die Investitionspläne in der Bauwirtschaft auch für das Jahr 2024 schlecht aus. 80 % der Unternehmen dieser Branche plant für 2024 geringere Investitionen.

Nur vier der 18 teilnehmenden Verbände rechnen im Jahr 2024 wenigstens teilweise mit höheren Investitionen ihrer Unternehmen. Das sind Mitgliedsunternehmen des UV Rostock-Mittleres Mecklenburg (26 %) und sowie des UV Vorpommern (18 %), sowie Unternehmen der HOGA-Branche (20 %), Einzelhandelsunternehmen (14 %) und 10 % der Maritimen Zulieferer bei RIC MAZA.

Der **DEHOGA MV** schätzt die Investitionsabsichten der **Hotels und Gaststätten** wie folgt ein: „Die schlechten Erwartung und Prognosen mit Blick auf die Mehrwertsteuer in der Gastronomie und den Mangel an Fach- und Arbeitskräften werden zu einer Zurückhaltung bei den Investitionen führen. Gastronomisch geprägte Betriebe werden mehr denn je um das Überleben kämpfen müssen.“ (Matthias Dettmann, Hauptgeschäftsführer des DEHOGA MV)

Der **Unternehmerverband Vorpommern** schätzt ein: „Deutlich weniger vorpommersche Unternehmen werden im Jahr 2024 investieren. Vier von zehn Unternehmen werden Investitionen zurückfahren und nur weniger als fünf von zehn Unternehmen planen mehr zu investieren.“ (Dr. Stefan Rudolph, Hauptgeschäftsführer UV Vorpommern)

Für den **Einzelhandel** schätzt der **Bund der Kaufleute** ein: „Durch die Investitionen in den vergangenen Jahren, rechnen 50 % der Betriebe mit geringeren Investitionen, bei 36 % der Betriebe wird sich nicht viel gegenüber dem letzten Jahr verändern. 14% der Unternehmen planen höhere Investitionen als 2023.“

Der **UVMB** als Vertreter der **Rohstoffindustrie** schätzt ein: „Zur Aufrechterhaltung der Produktion sind fortlaufende Investitionen zwingend notwendig und können nur bedingt verschoben werden. Ein großes Problem sind an dieser Stelle die deutlich gestiegenen Preise und nach wie vor Probleme bei der Liefersicherheit bei Anlagen- und Geräteherstellern auch elektronische Bauelemente und Schaltungen sind nach wie vor ein Problem.“ (Bert Vulpius, Geschäftsführer des UVMB Unternehmerverbandes Mineralische Baustoffe e.V.)

Auch in der **M+E-Industrie** gehen laut **NORDMETALL** die Investitionsabsichten zurück. Im Vergleich zum Vorjahr beabsichtigen 27 % der befragten Unternehmen, ihre Investitionen einzuschränken, 50% zu halten und nur 23 % zu steigern.

Optimisten:

- teilweise: UV HRO, UV Vorpommern, HOGA, Einzelhandel

Pessimisten:

- Pflegebranche
- Bauwirtschaft
- GALA-Bau
- Maritime Zulieferer
- HOGA

5. Zusatzfrage 1: Auswirkungen aktueller Krisen auf die Unternehmen

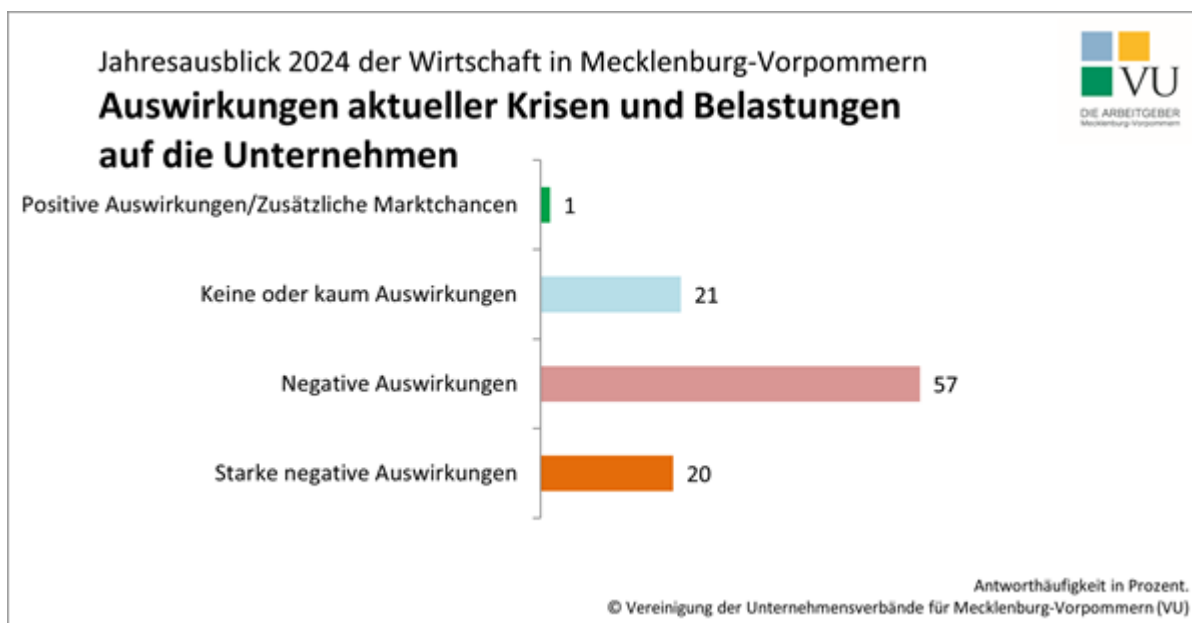


Abbildung 5: Auswirkungen aktueller Krisen und Belastungen auf Unternehmen

Multiple Krisen wirken sich auch in MV negativ aus

Auf die Frage „Wie bewerten Sie die Auswirkungen aktueller Krisen auf die Unternehmen Ihres Verbandes (russischer Angriffskrieg auf die Ukraine, Inflation/Konsumzurückhaltung, Rohstoff- und Lieferengpässe, steigende Materialpreise, Energiepreise etc.)“ antworteten drei Viertel der befragten Verbände, dass ihre Unternehmen negativ oder stark negativ von den aktuellen multiplen Krisen betroffen seien. Nur ein Fünftel der Befragten gab an, dass deren Unternehmen keine oder kaum negative Auswirkungen zu verkraften hätten. Allein bei der Ernährungswirtschaft gibt es einige Unternehmen, die von zusätzlichen Marktchancen berichten.

Bekannte Dauerherausforderungen, wie das wachsende Arbeitskräfteproblem, mischen sich für die Unternehmen und deren Beschäftigte mit immer mehr gleichzeitigen Krisen. Die bereits im Vorjahr von der VU berichtete Krisenmüdigkeit in vielen Unternehmen und bei den Mitarbeitenden nahm weiter zu und kennzeichnet deutlich die Stimmungslage vieler Branchen für das kommende Jahr.

Die geopolitische Lage hat sich keinesfalls entspannt. Damit bleiben auch gesamtwirtschaftliche Produktions- und Geschäftsabläufe gefährdet. Die internationalen Verwerfungen haben weiter zugenommen und wirken sich auch in der

Wirtschaft hierzulande negativ aus. Die weltweite Inflation sorgt für sinkende Nachfrage nach Investitionsgütern und für nachlassenden Konsum. Materialengpässe und Energiepreisschock ließen die Import-, Erzeuger- und Verbraucherpreise in einer historischen Größenordnung ansteigen. Wenngleich die Teuerungsrate zum Jahresende wieder nachließ, sind die gestiegenen Zinsen nicht wieder gesunken und verteuern die konsumbezogene sowie investitionsrelevante Kreditaufnahme.

Auch der anhaltende Krieg Russlands gegen die Ukraine und zuletzt die Terrorakte der Hamas gegen Israel gefolgt von einem andauernden Krieg in Nahost trugen deutlich zur Verunsicherung von Unternehmen und Verbrauchern bei. Die unsichere geopolitische und wirtschaftliche Lage bremst insbesondere die Investitionstätigkeit vieler Unternehmen aus. Hoffnung auf ein besseres Jahr, auch für die Unternehmen Mecklenburg-Vorpommerns, ist nicht in Sicht.

Die Frage nach den Auswirkungen aktueller Krisen auf die Unternehmen in MV bezog sich ursprünglich auf Faktoren, deren Ursachen hauptsächlich mit internationalen Krisen verbunden waren. Zu diesen Faktoren gesellten sich am 15. November 2023 – also vor Umfragebeginn – die Risiken und Fragen, die sich aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes ergeben. Demnach darf der Bund, die zur Bekämpfung der Corona-Krise gedachten Gelder nicht für den Klimaschutz nutzen. Die

Änderung des Nachtragshaushalts 2021 sei verfassungswidrig. Zu allem Überfluss sorgt also noch eine unklare finanzpolitische Situation Deutschlands für „hausgemachte Verunsicherungen“ (Hüther, IW Köln). „Eine unsichere Haushaltsführung des Staates gefährdet generell die Zeitkonsistenz der Wirtschaftspolitik und damit die Planungssicherheit von Unternehmen“, bewertet das Institut der Deutschen Wirtschaft IW Köln die aktuelle Lage.

Einsparmaßnahmen des Bundes haben zudem auch direkte Auswirkungen auf die Produktionsperspektiven der Unternehmen und auf Zukunftsplanungen ganzer Branchen. So werden Teile der geplanten Energiepreis-Entlastungen, wie der Zuschuss für die Netzentgelte, nun wieder kassiert. Das bedeutet für die Unternehmen Strompreisverteuerungen in erheblichen Umfang. Mecklenburg-Vorpommern muss zudem Kürzungen des Bundes für wichtige Infrastrukturvorhaben, insbesondere für die Häfen, Autobahnen, Bundes- und Wasserstraßen, sowie für die ehrgeizigen Wasserstoffprojekte im Rahmen der Industriestrategie des Landes befürchten.

Der **Unternehmerverband Vorpommern** berichtet, dass sich die aktuellen Krisen (russischer Angriffskrieg auf die Ukraine, Inflation/Konsumzurückhaltung, Rohstoff- und Lieferengpässe, steigende Materialpreise, Energiepreise etc.) auf beinahe 9 von 10 vorpommerschen Unternehmen negativ bzw. stark negativ auswirken. (Dr. Stefan Rudolph, Hauptgeschäftsführer UV Vorpommern)

Aus Sicht des **DEHOGA MV** seien die Belastungen und Auswirkungen, insbesondere finanzieller Art

für die Branche enorm. „Neben den Kostenbelastungen in den Unternehmen unmittelbar, steigt der Prozentsatz der Gäste, die sich einen Besuch in den Gastronomien aufgrund eigener Kostenbelastungen nicht mehr oder nur noch eingeschränkt leisten können. Das Gastgewerbe steckt also krisenbedingt in einer doppelten Zwickmühle. Steigende Kosten einerseits und sinkende Nachfrage andererseits.“ (Matthias Dettmann, Hauptgeschäftsführer des DEHOGA MV)

AGA-Präsident Dr. Hans Fabian Kruse erklärt für den **Groß- und Außenhandel**: „Aktuell steigen unsere Kosten, gerade bei Energie und Personal. Zusätzlich belasten Lieferengpässe die Ertrags- und Finanzlage unserer Unternehmen. Gleichzeitig bindet der bürokratische Wildwuchs Ressourcen in den Unternehmen und verhindert, dass sich Händler und Dienstleister auf ihr Kerngeschäft fokussieren können.“

Für die **Einzelhändler im Bund der Kaufleute** schätzt der Verband ein: „Fast zwei Drittel der Unternehmen erwarten stark negative Auswirkungen der aktuellen Krisen. Ein Drittel schätzt ein, dass es für sie keine Auswirkungen geben wird.“ (Michael Arfert, Bund der Kaufleute e.V.)

Aus Sicht der **Automatenwirtschaft** hätten die Krisen „keine direkten Auswirkungen, aber die dadurch verursachten Kostensteigerungen bei den Unternehmen senkt die Rentabilität. Es ist zu bemerken, dass Gäste weniger Geld für den Konsum zur Verfügung haben.“ (Steffen Rehr, **Verband der Automatenkaufleute Berlin und Ostdeutschland e.V.**)

6. Zusatzfrage 2: Rahmenbedingungen für die Zukunftsfähigkeit der Unternehmen

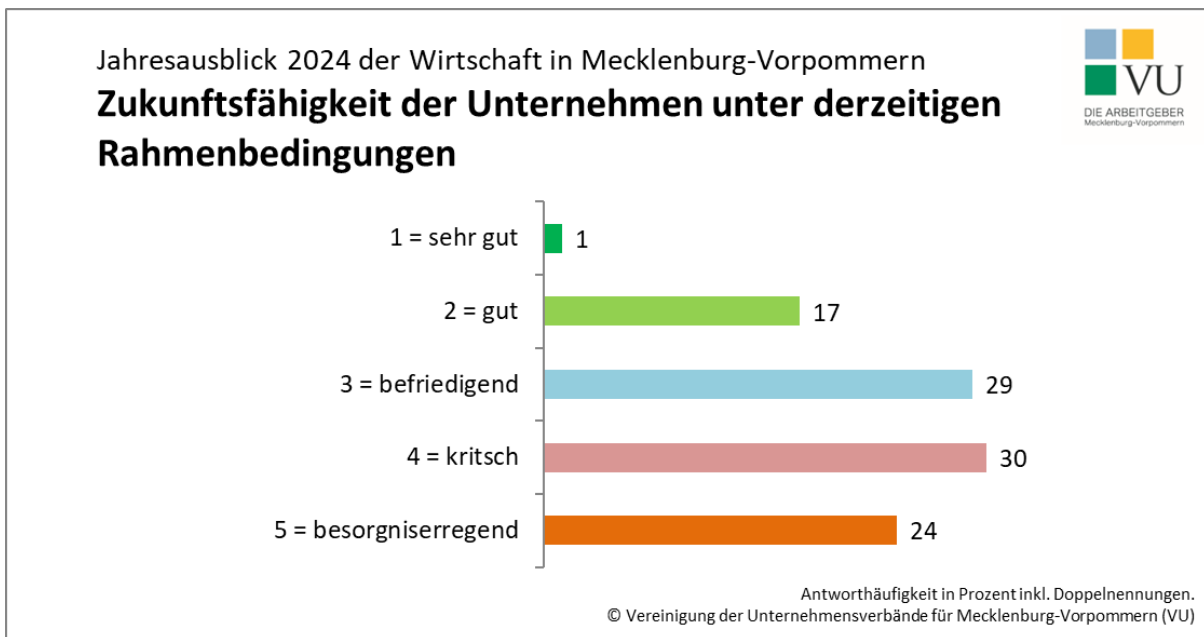


Abbildung 6: Zukunftsfähigkeit der Unternehmen

Desaströse Rahmenbedingungen für die Wirtschaft

Die Umfrage belegt die massive Kritik an den aktuellen staatlichen Rahmenbedingungen für die Zukunftsfähigkeit der Branchen und Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern. Zunehmende Energie-, Rohstoff- und Materialkosten, ausufernde Bürokratie, hohe Steuerlasten sowie steigende Lohnkosten stellen für die Unternehmen starke Mehrbelastungen im Jahr 2024 dar.

Auf die Frage „Wie schätzen Sie unter den derzeitigen Rahmenbedingungen die Zukunftsfähigkeit der Unternehmen ein?“ antwortete die Hälfte der befragten Verbände, dass sie die Zukunftsfähigkeit ihrer Unternehmen unter den derzeitigen Rahmenbedingungen gefährdet sehen. Nur 18 % der Befragten schätzten die Lage mit gut oder sehr gut ein. Dazu gehörten insbesondere Mitglieder des regionalen Unternehmerversandes Rostock-Mittleres Mecklenburg (52 %) sowie Teile des Einzelhandels. Befriedigende Bedingungen sahen vor allem der Groß- und Außenhandel sowie der überwiegende Teil des Einzelhandels.

Der **DEHOGA MV** kritisiert: „Die aktuellen Rahmenbedingungen bringen eine große Zahl der Betriebe an den Rand der Existenz. Multiple und sich überlappende Krisensituationen und politische Fehlanreize werden eine signifikante Zahl an

Gastgewerbebetriebe ins Aus führen. Allein während der Coronapandemie haben wir knapp 10 Prozent der Branchenbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern verloren. Wir gehen davon aus, dass sich diese Zahl verdoppeln wird.“ (Matthias Dettmann, Hauptgeschäftsführer des DEHOGA MV)

Für die **M+E-Industrie** fordert Steffen Pohl, **NORDMETALL**-Vizepräsident für MV: „Dass Deutschlands Wirtschaftsleistung 2023 im Gegensatz zu allen anderen führenden Industrieländern voraussichtlich schrumpfen wird, spricht für sich: Es ist nicht die mangelnde Attraktivität unserer hochklassigen norddeutschen Metall- und Elektroprodukte, es mangelt auch weder am Engagement unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch an der Innovationskraft unserer Betriebe: Es ist die Bundesregierung, die es weiter versäumt, eine industriefreundliche Politik umzusetzen. Das muss sich ändern, damit die De-Industrialisierung nicht fortschreitet, Arbeitsplätze erhalten bleiben und der Wohlstand nicht schrumpft.“

AGA-Präsident Dr. Hans Fabian Kruse erklärt: „Der **Groß- und Außenhandel** hat sich in der Vergangenheit als äußerst resilient erwiesen. Wir erwarten, dass sich die wirtschaftliche Lage trotz der aktuellen Krisen und steigenden Kosten stabilisieren wird. Jedoch zwingt die Flut an Bürokratie und Regulierung die Unternehmen zunehmend in die Knie. Um die Zukunftsfähigkeit der Unternehmen

zu sichern, ist die Politik gefordert. Die Devise muss lauten: Entlastung statt Regulierungsbankrott.“

Jedes zweite **vorpommersche Unternehmen** schätzt unter den derzeitigen Rahmenbedingungen seine Zukunftsfähigkeit als befriedigend bis kritisch ein, hingegen die andere Hälfte der vorpommerschen Unternehmen unter den derzeitigen Rahmenbedingungen ihre Zukunftsfähigkeit als gut einschätzt. (Dr. Stefan Rudolph, Hauptgeschäftsführer **UV Vorpommern**)

Die **Rohstoffwirtschaft** bemängelt: „Steigende Energie- und Materialpreise sind eine echte Belastung, die zu einem grundsätzlichen Wechsel in der Energiepolitik führen müssen. Es ist nicht erkennbar, dass Politik sich bemüht, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern. Die wirtschaftliche Krise in ihrer gesellschaftspolitischen Dimension und Wirkung wird völlig unterschätzt (Landtagswahlen in den östlichen Bundesländern mit anschließender Regierungsbildung wird die Herausforderung für die Politik schlecht hin).

Die Unternehmen sind zukunftsfähig aufgestellt. Unternehmen, die in Zukunftstechnologien investieren würden, die politisch gewollt sind, sehen sich vielfältigen Schwierigkeiten gegenüber.

Das Problem sind die sich ständig ändernden Rahmenbedingungen, die eine mittelfristige Planung nicht zulassen. Weiterhin liegen der politische Anspruch und die Wirklichkeit weit auseinander, das wird besonders beim Thema Energiewende sichtbar. Wer eine Transformation der Volkswirtschaft innerhalb von 10 bis 15 Jahre möchte, muss im Planungs- und Genehmigungsrecht einschneidende Veränderungen vornehmen, die da heißen

deutliche Reduzierung der Laufzeit von Genehmigungsverfahren.

Der Ernst der Lage ist insbesondere in den Landesbehörden noch nicht angekommen. Der Förderungskatalog an die Unternehmen und die Bürokratie wird immer größer.“ (Bert Vulpius, Geschäftsführer des **UVMB Unternehmerverbandes Mineralische Baustoffe e.V.**)

Die **Automatenwirtschaft** kritisiert: „Dadurch, dass die Preise durch Bundesgesetze festgeschrieben sind, können gestiegene Kosten nicht weitergegeben werden. Es ist nach wie vor nicht nachvollziehbar, warum die Landesregierung an quantitativen Regelungen für Spielhallen festhält, während das Glücksspiel im Internet immer weiter boomt. Die Folgen sehen wir jetzt schon. Im vergangenen Jahr wurden erstmals mehrere illegale Glücksspielautomaten in MV konfisziert. Mit dem Zurückdrängen des legalen Angebotes, entstehen, wie in anderen Bundesländern auch, immer häufiger illegale Angebote. Dort gibt es keine sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse, keine Steuereinnahmen für die öffentliche Hand und erst recht keinen Spieler- und Jugendschutz. (Steffen Rehr, **Verband der Automatenkaufleute Berlin und Ostdeutschland e.V.**)

Trotz der derzeit ungünstigen Rahmenbedingungen schätzen etwas mehr als ein Drittel der Unternehmen im **Bund der Kaufleute** ein, dass sie für die Zukunft gut und sehr gut aufgestellt seien. 29 % der teilnehmenden Unternehmen sehen die Zukunftsaussichten dagegen kritisch. (Michael Arfert, **Bund der Kaufleute e.V.**)

7. Zusammenfassender Jahresausblick ausgewählter Branchen für 2024

Branche	Stimmung	Umsatz	Beschäftigte	Investitionen
Baubranche	☹	↓	↓	↓
GALA Bau	☹	↓	↓	↓
Maritime Zulieferer	☺	→	→	→
Einzelhandel	☺	→	→	↘
Groß- und Außenhandel	☺	→	→	→
Ernährungswirtschaft	☺	→	→	→
Unternehmensnahe DL	☹	↘	→	→
Metall- und Elektroindustrie	☹	→	→	→
Rohstoffindustrie	☹	→	→	→
Technische Gebäudeaus- rüstung und Energietechnik	☺	↘	→	?
Tourismus/ Freizeitwirtschaft	☹	↓	↘	↘
Pflegebranche	☺	↓	→	↓
Gesamt	☹	↘	➔	↘
	Schlechte Stimmung + Unsicherheit	gesenkte Umsatzer- wartungen	Beschäftigte halten!	Gebremste Investitionen + Unsicherheit

Abbildung 7: Zusammenfassender Jahresausblick ausgewählter Branchen für 2023

Stimmung: ☺ = besser ☺ = genauso ☹ = schlechter

Umsatz / Beschäftigte / Investitionen:

↑ = stark ansteigend ↗ = leicht ansteigend → = konstant ↘ = leicht zurückgehend ↓ = stark zurückgehend

8. Zusammenfassung und Fazit

Die Stimmung in der Wirtschaft hat sich seit der letzten Jahresausblick-Umfrage noch weiter verschlechtert. Zum Jahreswechsel 2023/2024 bewerten mehr als die Hälfte der befragten Branchenvertreter die Stimmung in ihrem Wirtschaftsbereich deutlich schlechter als vor einem Jahr. Eine hohe Verunsicherung durchzieht das gesamte Erwartungsbild der Unternehmen und ihrer Verbände in Mecklenburg-Vorpommern wie in ganz Deutschland.

Stimmung auf dem Tiefpunkt

Die noch im Frühjahr 2023 erkennbare Aufhellung der Geschäftserwartungen hat sich bis zum Herbst 2023 wieder auf das pessimistische Vorjahresniveau zurückgebildet. Dieser „Rückprall der Erwartungshaltung“, wie es das IW Köln in der zeitgleichen IW-Verbandsumfrage formulierte, spiegelt sich auch in der VU-Verbandsumfrage für Mecklenburg-Vorpommern wider. Demnach erwarten nur 13 % der Verbände für 2024 ein höheres Geschäftsergebnis ihrer Unternehmen. Dagegen rechnet die Mehrheit (58 %) mit schlechteren Umsatz- und Geschäftsergebnissen (2023: 45 %).

Mehrheit rechnet 2024 mit schlechteren Ergebnissen

Wille und Notwendigkeit, die Beschäftigten in Mecklenburg-Vorpommerns Unternehmen angesichts des gravierenden Arbeitskräftemangels in nahezu allen Branchen zu halten, werden selbst in diesen schwierigen Zeiten wieder deutlich. Die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen sinkt zwar gegenüber dem Vorjahr um 4 Prozentpunkte. Gleichzeitig steigt die Tendenz einer hohen Personalkontinuität weiter. Dieser Trend steht in deutlichem Gegensatz zur deutschlandweiten Beschäftigungsprognose und belegt die erheblichen Schwierigkeiten der hiesigen Unternehmen, trotz attraktiver Arbeitsbedingungen Personal jeglicher Qualifikationsstufen zu finden.

Wirtschaft in MV will Beschäftigte halten

Die Befragung spiegelt auch in diesem Jahr eine sehr klare Aussage wider: neben vielen zumeist aus geopolitischen Krisen erwachsenen Problemen bleibt der demografisch bedingte **Fach- und Arbeitskräftemangel** DAS zentrale und fortwährende Risiko für alle Branchen.

Personalmangel bleibt zentrales Risiko der Unternehmen

Aus Sicht der Betriebe verbindet sich damit mittlerweile die Suche nach potenziellen Beschäftigten ALLER Qualifikationsstufen: Auszubildende, Fachkräfte, Spezialisten mit Fach- und Hochschulabschluss, Saisonkräfte und Hilfskräfte. Viele Unternehmen sprechen daher bereits von einem hoch riskanten durchgängigen Personalmangel.

Entscheidend für die weitere Personalsicherung in Mecklenburg-Vorpommern wird sein, wie schnell und aktiv die Landesregierung gemeinsam mit der Wirtschaft die immensen arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen annimmt und die für Ende Januar 2024 erwartete Fach- und Arbeitskräftestrategie neben dem Industriekonzept MV 2030 als zentrales strategischen Vorhaben engagiert umsetzt. Es wird nicht reichen, politische Papiere und Erklärungen zu verfassen, sondern diese mit hohem Tempo Realität werden zu lassen. Aus Sicht der Wirtschaft wird sich die Landesregierung in dieser Legislatur vor allem an signifikanten Fortschritten bei der Umsetzung der beiden zentralen Themen Beschäftigungssicherung und Wertschöpfungssteigerung messen lassen müssen.

Fach- und Arbeitskräftestrategie und Industriekonzept MV 2030 sofort umsetzen

Entscheidender Schlüssel für die Verbesserung der Arbeitskräftesituation wird die Gleichzeitigkeit und das Zusammenspiel mehrerer strategischer Ansätze sein: effektivere Berufsorientierung, Stärkung der Dualen Ausbildung, gesteigerte Beschäftigung älterer Mitarbeiter, Erhöhung der Vollzeitbeschäftigungsquote durch verbesserte Kita-Betreuung, bessere Rahmenbedingungen für höhere Arbeitszeitflexibilität und ein mit allen Akteuren abgestimmtes Zuwanderungskonzept für Fachkräfte- und Azubis aus Drittstaaten für MV. Letzteres sollte aus Arbeitgebersicht noch in der ersten Hälfte des Jahres 2024 ergänzender Bestandteil der Fach- und Arbeitskräftestrategie der Landesregierung werden.

Zuwanderungskonzept für MV notwendig

Zudem sind alle Unterstützungs- und Beratungsmöglichkeiten für Unternehmen im Zusammenhang mit der Integration erwerbsfähiger Geflüchteter und Zugewanderter in den Arbeitsmarkt dringend zu verstärken. Der bislang fehlende Wille der Landesregierung zur Kofinanzierung von Bundes-ESF-Mitteln für entsprechende Beratungseinrichtungen innerhalb des sogenannten IQ-Netzwerkes MV ist aus Arbeitgebersicht nicht nachvollziehbar und angesichts des drängenden Arbeitskräfteproblems inakzeptabel. Dafür sollten sofort entsprechende Landesmittel zur Verfügung gestellt werden.

Kofinanzierung von Integrations-Beratung dringend erforderlich

Nachdem im letzten Jahr die Investitionsneigung bereits nachließ, stagnieren die Absichten für Investitionen und Neuanschaffungen im aktuellen Jahresausblick nun nochmals sehr deutlich. Vor allem die Absicht, mehr als bisher zu investieren, geht stark zurück.

Investitionszurückhaltung zeigt Planungsunsicherheit

Im Gefolge der insgesamt pessimistischen Stimmungslage und gesenkten Geschäftserwartungen für 2024 fallen auch die Einschätzungen hinsichtlich geplanter Investitionen eher abwartend-unsicher aus.

Als Reaktion auf die verminderte Investitionsneigung und Verunsicherung der Unternehmen gilt es, seitens der Landesregierung die Bemühungen bei der Investorenwerbung durch die Invest in MV GmbH zu verstärken und dabei die beteiligten Gesellschafter wie auch die Bundesagentur für Arbeit aktiv einzubinden.

Investorensuche verstärken

Drei Viertel der befragten Verbände schätzen ein, dass ihre Unternehmen negativ oder stark negativ von den aktuellen multiplen Krisen betroffen sind. Nur ein Fünftel der Befragten gab an, dass deren Unternehmen keine oder kaum negative Auswirkungen zu verkraften hätten. Allein bei der Ernährungswirtschaft gibt es einige Unternehmen, die von zusätzlichen Marktchancen berichten.

Deutliche Krisenmüdigkeit bei Unternehmen und Mitarbeitenden

Bekannte Dauerherausforderungen mischen sich mit immer mehr gleichzeitigen Krisen. Die bereits im Vorjahr von der VU berichtete Krisenmüdigkeit in vielen Unternehmen und bei den Mitarbeitenden nahm weiter zu und kennzeichnet deutlich die Stimmungslage vieler Branchen für das Jahr 2024.

Die Verbändeumfrage belegt die massive Kritik an den aktuellen staatlichen Rahmenbedingungen für die Zukunftsfähigkeit der Branchen und Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern. Zunehmende Energie-, Rohstoff- und Materialkosten, ausufernde Bürokratie, hohe Steuerlasten

Massive Kritik an staatlichen Rahmenbedingungen

sowie steigende Lohnkosten stellen für die Unternehmen starke Mehrbelastungen im Jahr 2024 dar. 50 % der Verbände sehen die Zukunftsfähigkeit ihrer Unternehmen unter den derzeitigen Rahmenbedingungen gefährdet.

Einige Verbände schätzen ein, dass die wirtschaftliche Krise in ihrer gesellschaftspolitischen Dimension und Wirkung unterschätzt werde. Politischer Anspruch und Wirklichkeit klafften weit auseinander, was besonders beim Thema Energiewende sichtbar werde. Noch sei nicht erkennbar, dass Politik sich bemühe, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern. Wenn eine Transformation der Volkswirtschaft innerhalb von 10 bis 15 Jahre erreicht werden soll, müssten im Planungs- und Genehmigungsrecht einschneidende Veränderungen vorgenommen werden, um zum Beispiel eine deutliche Beschleunigung von Genehmigungsverfahren zu erreichen.

Auch Einsparmaßnahmen des Bundes haben direkte Auswirkungen auf die Produktionsperspektiven der Unternehmen und auf Zukunftsplannungen ganzer Branchen. So werden Teile der geplanten Energiepreisentlastungen, wie der Zuschuss für die Netzentgelte, nun wieder kassiert. Das bedeutet für die Unternehmen Strompreisverteuerungen in erheblichen Umfang. Mecklenburg-Vorpommern muss zudem Kürzungen des Bundes für wichtige Infrastrukturvorhaben, insbesondere für die Häfen, Autobahnen, Bundes- und Wasserstraßen, sowie für die ehrgeizigen Wasserstoffprojekte im Rahmen der Industriestrategie des Landes befürchten.

Risiken für MV durch Einsparmaßnahmen des Bundes befürchtet

Vor dem Hintergrund der aktuellen Sparbeschlüsse der Bundesregierung und den Folgen für die betroffenen Branchen richtet die VU klare Erwartungshaltungen an die politischen Verantwortungsträger im Bund und im Land:

1. Beibehalt der Kfz-Steuerbefreiung für die Landwirtschaft.

Die Kfz-Steuerbefreiung ist kein Privileg, dass nur der Land- und Forstwirtschaft zugutekommt. Eine Vielzahl von gemeinnützigen Vereinen und Einrichtungen, Speditionen (vor allem im LEH) bis hin zu Haltern eines Pferdeanhängers können/werden bei entsprechenden Voraussetzungen von der Kfz-Steuer befreit werden.

Unseren Landwirten diese Befreiung künftig nicht mehr einzuräumen, stellt eine einseitige zusätzliche Belastung dar. Nicht zuletzt führt diese Maßnahme wie auch die Streichung der Agrardiesel-Rückvergütung zu einer Benachteiligung der heimischen Landwirtschaft im europäischen Vergleich.

2. Eine abrechenbare finanzielle Kompensation des Wegfalls der Agrardiesel-Rückvergütung für die Landwirtschaft durch den Bund muss gewährleistet sein.

3. Rücknahme der zusätzlichen Belastung des Güterkraftverkehrs durch die Mauterhöhung 2024. Bereits ohne die Erhöhung können klein- und mittelständische Spediteure und alle weiteren Unternehmen mit entsprechendem Fuhrpark die gestiegenen Kosten, u.a.

durch den CO₂-Maut Mindestpreis, tragen, geschweige denn an den Kunden weitergeben. Betriebsaufgaben sowie Preissteigerungen für den Endverbraucher werden die Folge sein.

4. Beibehalt des Mehrwertsteuersatzes von 7 Prozent auf alle Speisen, egal ob vor Ort verzehrt oder außer Haus.

Gastronomie, Pflegeeinrichtungen, Krankenhäuser, Cafeterien und Kantinen dürfen in einer Zeit multipler externer Preistreiber durch Steuererhöhungen nicht noch zusätzlich belastet werden.

5. Notwendige Investitionen im Hoch- und Straßenbau vorantreiben und nicht zu verschieben.
6. Planungs- und Genehmigungsverfahren mit Priorität verkürzen und entschlacken, auch durch verstärkte Digitalisierung. Ziel ist, mehr planungsreife Projekte vorhalten zu können.
7. Angesichts einer befürchteten Rezession für 2024 braucht es dringend eines ideologiefreien Belastungsmoratoriums. Keine neuen Gesetze, Verordnungen, Richtlinien etc., die zu Lasten der Betriebe gehen. Das gilt für das Land ebenso wie für den Bund.

Die Wirtschaft fordert die Landesregierung zudem auf, im Schulterschluss mit den anderen norddeutschen Ländern bei den Anstrengungen nicht nachzulassen, 2024 gemeinsam effektive Lösungen für Energiepreisentlastungen für Wirtschaft und Verbraucher im Norden zu erreichen.

Energiepreisentlastungen gefordert

Zugleich gilt es, an Zukunftsthemen des Industriekonzeptes MV 2030, wie dem Aufbau einer marktgängigen Wasserstoffwirtschaft, unbedingt festzuhalten und mit hoher Priorität zu verfolgen. Für Mecklenburg-Vorpommern ist die Wertschöpfungssteigerung die zentrale Zukunftsa-genda mit erheblichen mehrdimensionalen Nutzeffekten für allen Branchen. Nur ein Land mit hoher Ansiedlungsattraktivität und deutlichen Entwicklungsperspektiven für Unternehmen, Investoren und Fachkräften hat im härter werdenden Standortwettbewerb realistische Chancen.

Festhalten an Zukunftsthemen

Ähnlich wie in der Corona-Pandemie sollte der enge Dialog der Landesregierung mit der Wirtschaft fortgesetzt werden. Dazu braucht es sowohl einen deutlicheren Kooperationswillen seitens der Regierung als auch geeignete und regelmäßige Austausch-Formate. Dazu gehören die jährlichen Sitzungen des Zukunftsbündnisses, einem bewährten Strategieformat der Sozialpartner mit der Landesregierung unter Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit, der Handels- und Handwerkskammern sowie der kommunalen Spitzendverbände.

Austausch zwischen Regierung und Wirtschaft verstärken

Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Graf-Schack-Allee 10 a • 19053 Schwerin

Telefon: 0385 6356 201, Telefax: 0385 6356 151

E-Mail: matschenz@vumv.de , Internet: www.vumv.de

Stand: 09.01.2024

Autor: Jens Matschenz, VU-Geschäftsführer Wirtschaft und Arbeit und Berufsbildung

